

# Nicht begabungsgerecht: Bayerns Schulen – und Eltern

**BILDUNG** 115 000 Viertklässler stehen vor dem Schulwechsel – für viele ein Weg mit Leid und Tränen.

VON CARSTEN HOEFER, DPA

**MÜNCHEN.** Die Zahlen des Kultusministeriums sprechen eine klare Sprache: Im Landkreis Starnberg besuchten im Jahr 2010 etwa 58 Prozent der Kinder ein Gymnasium, im Landkreis Regen im Bayerischen Wald knapp 30 Prozent. Wäre Bayerns gegliedertes Schulwesen wirklich begabungsgerecht, ließe das nur eine mögliche Erklärung zu: In Starnberg leben doppelt so viele Kinder mit der nötigen Gymnasialintelligenz wie in der Heimat von Agrarminister Helmut Brunner.

Doch gehen alle Fachleute eigentlich davon aus, dass die bodenständige

niederbayerische Jugend mindestens ebenso klug ist wie der Starnberger Nachwuchs. Der Grund für derartige regionale Diskrepanzen liegt dennoch nur zum Teil im Schulsystem. Die Zahlen liefern klare Indizien auch dafür, dass viele Eltern keine glückliche Hand bei der Auswahl der richtigen Schule haben.

„Das ist das Problem des Gymnasiums“, sagt Hans-Herbert Mooser, Geschäftsführer des bayerischen Philologenverbands (bpv). „Nicht alle geeigneten Kinder werden geschickt, dafür werden manche gedrängt, die nicht geeignet sind.“

Hauptargument der Verteidiger des gegliederten Schulwesens ist seit jeher, dass es im Gegensatz zu Gesamt-, Gemeinschafts- oder Einheitsschule begabungsgerecht sei. Doch im ersten G8-Jahrgang schafften es knapp 30 Prozent der Schüler nicht von der fünften Klasse bis zum Abitur. Und

das war schon eine deutliche Verbesserung, denn zu Zeiten des neunjährigen Gymnasiums lag der Anteil der am und im Gymnasium gescheiterten Schüler sogar bei über einem Drittel.

Tatsächlich werden in Bayern aber viel weniger Kinder nach der vierten Klasse aufs Gymnasium geschickt als von den Grundschulen empfohlen. „Wir haben schlicht und einfach die Tatsache, dass 50 Prozent der Kinder in Bayern eine Übertrittsempfehlung für das Gymnasium bekommen, aber nur 40 Prozent auf ein Gymnasium wechseln“, sagt Kultusminister Ludwig Spaenle. „Der Prozentsatz der Gymnasiasuten wäre noch höher, wenn alle Eltern den Übertrittsempfehlungen folgten.“

Doch in ländlichen Regionen wie eben Regen schicken viele Eltern ihre Kinder lieber auf Mittel- oder Realschule, obwohl die Grundschule eine höhere Schulform empfiehlt. Und in Starnberg etwa hieven viele Eltern

ihre Kinder mit allen Mitteln aufs Gymnasium, obwohl die Grundschule das nicht für richtig hält.

Schon viele Grundschullehrerinnen und -lehrer sind wütenden Eltern begegnet, die kategorisch bessere Noten für den Nachwuchs verlangen. „Mache kommen schon fast mit dem Rechtsanwalt in die Grundschule“, sagt der Grünen-Bildungsexperte Thomas Gehring. Minister Spaenle will deshalb vor allem die Beratung der Eltern verbessern. „Da müssen wir einwirken, aber das geht nur über die intensive Beratung der Eltern“, sagt der CSU-Politiker.

Die von den Grünen geforderte Abschaffung der Übertrittsempfehlungen halten aber weder der Kultusminister noch der Philologenverband für sinnvoll. Das würde nach Einschätzung des Bildungsforschers Jürgen Baumert zulasten der Kinder aus den sogenannten bildungsfernen Schich-

ten gehen. „Manche schicken ihr Kind aufs Gymnasium, wenn sie von der Grundschule schwarz auf weiß haben, dass ihr Kind geeignet ist“, sagt Spaenle. „Wenn keine Empfehlung vorliegt, trauen sie sich das nicht zu.“

Grünen-Schulexperte Gehring glaubt aber, dass die Abschaffung der Übertrittsempfehlungen zumindest das Verhältnis von Eltern und Lehrern entspannen würde. Die intensive Beratung der Eltern könnte nach Gehrings Einschätzung die Übertrittsempfehlungen ersetzen. „So könnte man zumindest den Druck aus dem System nehmen.“

Eine Abschaffung des gegliederten Schulwesens generell hält Kultusminister Spaenle aber nach wie vor nicht für sinnvoll. Sein Rezept ist, die höheren Schulen für den Aufstieg von unten zu öffnen. „Unser Weg ist, dass es für jeden Abschluss einen Anschluss gibt.“ (dpa)